

Vernetzen, beraten, ermöglichen Strukturen für Engagement

Zivilgesellschaft KONKRET 3 | 2014

ZIVIZ
Zivilgesellschaft in Zahlen

praxis



Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements wächst

Bürgerschaftliches Engagement bezieht sich zu gut achtzig Prozent auf Zwecke und Zielgruppen im lokalen Lebensumfeld¹. Deshalb kann man ohne Übertreibung sagen: Sein eigentlicher Wohnsitz ist die Kommune. Viele Initiativen, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, haben unmittelbar mit der Entwicklung der Städte und Gemeinden zu tun. Wir erleben gerade, dass Nachbarschaftshilfen, Dorfläden oder ehrenamtliche Bürgerbuslinien in ländlichen Regionen gegründet werden. Der Erhalt der Nahversorgung und eines sozialen Netzwerks ist wichtig. In den großen Städten finden wir hingegen Patenschaftsinitiativen, die

beispielsweise junge Migrantinnen und Migranten bei der Berufssuche begleiten oder ihnen beim Ausfüllen von Formularen helfen.

Bürgerschaftliches Engagement ist mit einem bunten Blumenbeet vergleichbar: Da wachsen mehrjährige Stauden neben jungen Schösslingen. Manch angewehrtes Wildkraut überrascht mit wunderschönen Blüten. Solche „Ehrenamtsbeete“ finden sich in vielen Kommunen: Sportvereine, freiwillige Feuerwehren oder Kirchengemeinden, deren Geschichte manchmal weit über hundert Jahre zurückreicht, bestehen neben frisch „gesäten“ Initiativen wie Familienpatenschaften, Tafeln oder

Integrationsbeiräten. Aber auch die „alten“ Pflanzen entwickeln unentwegt neue Knospen: Ein Sportverein richtet z. B. eine Mutter-Kind-Gymnastikgruppe ein und unterstützt gezielt Alleinerziehende. Oder ein Wohlfahrtsverband stellt einen ehrenamtlichen Helferkreis für Demenzzranke auf die Beine.

Es ist dieses Gemisch von Alt und Jung, Klassisch und Neu, das eine lebendige Zivilgesellschaft ausmacht. Will man einen besonderen Trend ausmachen, wohin sich das bürgerschaftliche Engagement seit einigen Jahrzehnten entwickelt, so ist dies die wachsende Vielfalt an Möglichkeiten. Die Zahl der Organisationen ist

¹ Bogumil und Holtkamp 2010: S. 382.

in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Zwei Drittel der derzeit bestehenden Stiftungen (18.162) wurden in den letzten beiden Jahrzehnten gegründet. Rund 40 Prozent der heute existierenden Vereine (580.294) entstanden nach 1990.²

Orientierung ist notwendig

Vielfalt ist wunderbar. Vielfalt kann aber auch unübersichtlich werden. Wer heute freiwillig tätig werden will, hat oft die Qual der Wahl. Woher bekomme ich Informationen darüber, welche Aufgabe zu mir passt? Wer sagt mir, ob die Einsatzstelle, die ich mir ausgesucht habe, auch meinen Ansprüchen genügt?

Angesichts der enormen Möglichkeiten ist es kein Wunder, dass Menschen, die ein Ehrenamt suchen, vor allem nach verlässlichen Informationen verlangen. Dieser Wunsch steht beim Freiwilligensurvey, der wichtigsten repräsentativen Befragung der Bürger zum freiwilligen Engagement, immer an der ersten Stelle.

Engagementfördernde Einrichtungen boomen

Seit etwa vierzig Jahren ist der Aufstieg eines neuen Typus von Infrastruktur zu beobachten, der diesen Bedürfnissen nach Orientierung und Vernetzung Rechnung trägt. Es handelt sich um Anlaufstellen zur Engagementförderung und „Werkstätten“ für zivilgesellschaftliche Ideen im lokalen Raum. Parteilich und konfessionell meist ungebunden, bieten sie

- Beratung und Vermittlung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich engagieren wollen
- Unterstützung von Vereinen und anderen Organisationen, die auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind oder sich hierfür öffnen
- Beratung von Unternehmen, die lokales bürgerschaftliches Engagement fördern
- Vernetzung bürgerschaftlicher Initiativen
- Unterstützung neuer Ideen aus der Zivilgesellschaft

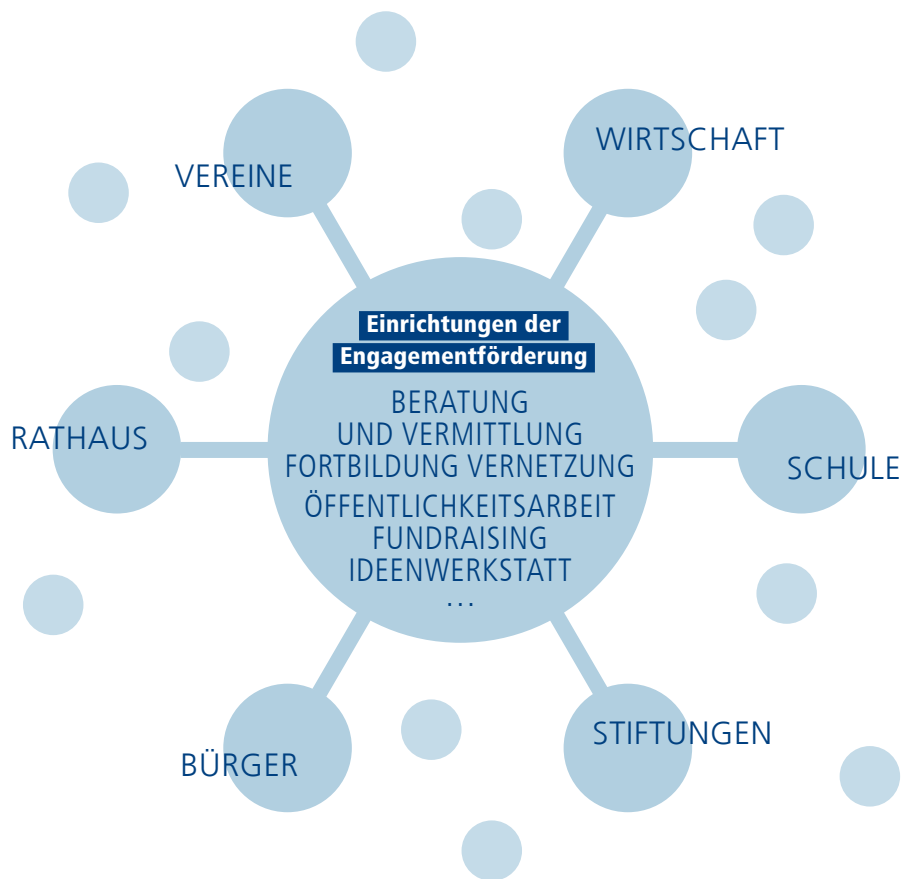


- Fortbildungsangebote für bürgerschaftliches Engagement
- vielfältige Informationen rund um das lokale bürgerschaftliche Engagement, z. B. auf einer eigenen Homepage
- Aktivitäten für die öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements, wie Freiwilligenmessen.

Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäusern, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, soziokulturellen Zentren und ähnlichen Einrichtungen ist gemeinsam, dass sie freiwillige Aktivitäten bündeln, befördern und die Zugangswege ebnen. Ihre Multifunktionalität verbindet sich mit einem bewussten lokalen Bezug zu Stadt, Stadtteil, Region, Landkreis oder Dorf.

Diese Einrichtungen wollen das bürgerschaftliche Engagement in seiner Breite und Vielfalt im Gemeinwesen sichtbar und fruchtbar machen. Nicht zufällig entstanden und entstehen sie in einer Phase wachsender Individualisierung, in der immer mehr Menschen eine Vielzahl von Wahlmöglichkeiten erwarten. Zugleich lockern sich weltanschauliche Bindungen und lösen sich traditionelle Milieus auf, die eine selbstverständliche Orientierung gegeben haben. Die Anlaufstellen bieten dem Bedürfnis nach Gemeinschaft einen neuen Halt in gesellschaftlichen Umbruchzeiten.

Neben den subjektiven Bedürfnissen kommen diese Einrichtungen noch einer weiteren Entwicklung entgegen: Oft grenzen sich Institutionen im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich voneinander ab. Bürgerschaftliches Engagement und die Stellen, die es in der Kommune verkörpern, bilden Brücken, die die Institutionen von sich aus oft nicht schlagen würden: Zwischen Schulen und Ausbildungsstätten, Wirtschaftsunternehmen und Drogenberatungsstellen, Sportvereinen und Seniorenbegegnungsstätten. Sie vereinen – wie in Mehrgenerationenhäusern – verschiedene Lebensalter oder – wie in soziokulturellen Zentren – unterschiedliche Kulturen unter einem Dach. Damit erschließen sie neue Quellen der Zusammenarbeit und Synergien.



Gute Ideen fallen nicht vom Himmel

Gute Ideen fallen nicht vom Himmel, sondern greifen Traditionen auf und kombinieren sie mit neuen Möglichkeiten und Anforderungen. Überall, wo Menschen zusammenleben, existieren Orte des Miteinanders und der demokratischen Auseinandersetzung: Die Agora in der griechischen Polis, das Forum in den Städten des Römischen Reiches, die Kirche, der Dorfbrunnen oder der Marktplatz im europäischen Mittelalter, die Kaffeehäuser und Lesehallen des 18. Jahrhunderts: An diesen Orten der Öffentlichkeit wurden politische Anliegen diskutiert, Neuigkeiten ausgetauscht, gemeinsame Vorhaben erdacht oder weitreichende Entscheidungen getroffen. Man kann sagen: Es sind die Orte, an denen Kommune im eigentlichen Sinne sichtbar wird.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert, als Industriestädte durch Bevölkerungswachstum geradezu explodierten und gegenseitige Hilfe und Solidarität im Überlebenskampf unverzichtbar wurden, entstanden neue, durch mutige Reformer gegründete Treffpunkte des sozialen Miteinanders. 1889 eröffnete Hull House in Chicago,

das für die arme Bevölkerung aus der Nachbarschaft Raum für Bildung und Geselligkeit und ein Sprungbrett für neue Verdienstmöglichkeiten bot. Es gab Kindergartengruppen, Näh- und Werkunterricht. Hull House offerierte Freizeitangebote und kulturelle Anregungen für alle Lebensalter wie Konzerte, Lesungen und Ausstellungen. Die Einrichtung übernahm dabei vieles von der schon fünf Jahre früher im Londoner East End entstandenen Toynbee Hall, die nicht nur in Amerika, sondern in den verschiedensten Gegenden Europas Wiederhall fand: So entstanden in Italien zu Beginn des 20. Jahrhunderts „casa del popolo“. Auf politische Funktionen der Arbeiterbewegung waren die Wiener Volksheime ausgerichtet, die neben Büros von Arbeiterpartei und Gewerkschaft auch eine Konsumgenossenschaft für den preiswerten Einkauf und einen Saal für Auftritte und Versammlungen unterhielten.

Aufbruchstimmung breitet sich aus

Seit den 1970er Jahren bricht für die Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements eine Art Gründungsfieber aus, das bis heute,

97 %
kreisfreie Städte und
Landkreise haben ein
Mehrgenerationenhaus

trotz vieler Widrigkeiten, wie geringer Ressourcen und unsicherer Zukunftsaussichten, anhält. Annette Zimmer und Holger Backhaus-Maul (2012) haben ihre Entstehungsgeschichten zusammengestellt: 1980 wird die erste Freiwilligenagentur ins Leben gerufen, 1987 startet das Modellprogramm „Informations- und Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen“, 1992 folgt das „Bundesmodellprogramm Seniorenbüros“. 1996 gründet sich die erste Bürgerstiftung in Deutschland. Mit dem Bundesmodellprogramm „Soziale Stadt“ werden seit 1999 viele Stadtteilbüros gefördert, die sich zu Drehscheiben des Engagements im Quartier entwickeln. 2006 folgt das

Bundesmodellprogramm Mehrgenerationenhäuser.³

Erstaunlich ist der große Beitrag der Impuls- und Modellförderung des Bundes. Sie war zweifellos ein wichtiger Geburtshelfer. Allein die Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen scheinen aufgrund von „Graswurzelninitiativen“

29.000
Bürger kommen auf eine
Einrichtung für bürgerschaftliches Engagement

entstanden zu sein. Man sollte freilich bedenken, dass die öffentliche Förderung schon eine Grundströmung in der Zivilgesellschaft aufgreift und ihr Erfolg und ihre Nachhaltigkeit davon abhängt, ob sich freiwillige „Überzeugungstäter“ finden, die diese Impulse lokal verstetigen. Zudem sollte man zu den von Zimmer und Backhaus-Maul zusammengestellten Daten auch die seit den 1970er Jahren entstandenen soziokulturellen Zentren sowie die zum Teil noch älteren Nachbarschaftsheime hinzurechnen, die vielfach aufgrund von Bürgerinitiativen entstanden sind.

Bezogen auf die 107 kreisfreien Städte und 295 Landkreise in Deutschland könnte man angesichts der etwa 3.000 Infrastruktureinrichtungen schon von Flächendeckung sprechen. Freilich muss man einschränken, dass der sozialräumliche Umgriff eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt schon sehr weit gezogen ist. Ein Mehrgenerationenhaus in Köln oder Düsseldorf wird nicht stark ins Gewicht fallen.

Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements



³ Zimmer und Backhaus-Maul: S. 28.

⁴ Davon 385 Agenturen Mitglied in einer Iagfa oder der bagfa.

⁵ 289 Unterstützungseinrichtungen der Selbsthilfe mit weiteren 49 Außenstellen.

⁶ 259 Bürgerstiftungen mit zertifiziertem Gütesiegel des Bundesverbandes, 348 Bürgerstiftungen, deren Arbeit dem Gütesiegel entspricht.

Steckbriefe der häufigsten Infrastruktur-Einrichtungen

Gemeinschaft, Beteiligung, Vermittlung, Vernetzung und Diskussion rund um das bürgerschaftliche Engagement: Das sind die wichtigsten Funktionen, die derartige Einrichtungen bündeln. Gleichwohl unterscheiden sie sich nach angesprochenen Zielgruppen und Zwecken, nach ihrem fachpolitischen Hintergrund oder ihrer Entstehungsgeschichte. Im Folgenden werden die wichtigsten Formen kurz vorgestellt:

Freiwilligenagenturen

1980 wurde in München unter dem Namen „Münchner Helfer Information“ (MHI) die erste Freiwilligenagentur Deutschlands aus der Taufe gehoben. Die heute als „Tatendrang“ bekannte Einrichtung war ihrer Zeit voraus. Die eigentliche Gründungswelle setzte erst Mitte der 1990er Jahre ein und ist bis heute nicht verhebt. Mittlerweile existieren bundesweit an die 500 Freiwilligenagenturen – eine erstaunliche Zahl, wenn man bedenkt, dass diese Infrastruktureinrichtung nicht durch ein flächendeckendes Bundesmodellprogramm angeschoben wurde, sondern in den meisten Fällen von kleineren Vereinen (28 %), Wohlfahrtsverbänden (26 %), Kommunen (21 %) und lokalen Trägerverbänden (16 %) getragen wird. Dennoch: einige Bundesländer, wie Hessen, Bayern oder Wohl-

fahrtsverbände wie die Caritas, halfen in der Anfangszeit mit Anschubförderung. So entstanden unter der Trägerschaft der Caritas über fünfzig Freiwilligenzentren und in Bayern etwa ebenso viele Koordinierungsstellen des bürgerschaftlichen Engagements in Landkreisen und kreisfreien Städten.

Freiwilligenagenturen verstehen sich als unabhängige Anlauf- und Vermittlungsstellen für Menschen, die sich engagieren wollen. Darüber hinaus arbeiten sie mit Organisationen und Vereinen zusammen, die Ehrenamtliche gewinnen wollen. Diese unterstützen sie mit Fortbildungs- oder Beratungsangeboten, um etwa das interne Freiwilligenmanagement zu verbessern. Sie sorgen für Öffentlichkeitsarbeit rund ums Thema Engagement, zum Beispiel

durch die Ausrichtung von Freiwilligenbörsen und -messen. Sie verstehen sich allerdings auch als Entwicklungsagenturen für neue Engagementprojekte. So sind beispielsweise in den letzten Jahren Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen entstanden, für die Freiwilligenagenturen unentgeltliche Einsätze von Mitarbeiterteams oder ganzen Belegschaften in sozialen Einrichtungen organisieren.

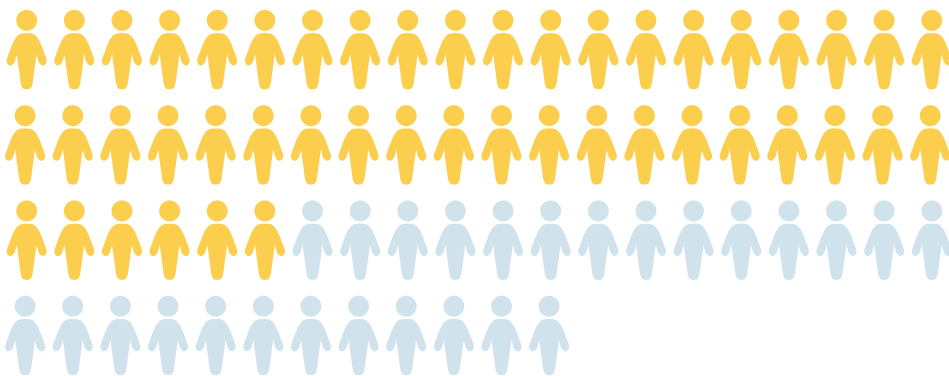
Zunächst waren Freiwilligenagenturen überwiegend in großen Städten angesiedelt. Mittlerweile hat sich dies relativiert. Heute sind 25 Prozent durch ein großstädtisches Umfeld geprägt, 29 Prozent mittelstädtisch, 26 Prozent kleinstädtisch und 18 Prozent in einer ländlichen Gegend zu Hause.⁷

Die Kommunen sind mit 41 Prozent die wichtigsten Geldgeber der Freiwilligenagenturen, aber die Förderhöhe ist oft bescheiden. Die meisten Einrichtungen müssen mit wenig Mitteln und Personal auskommen: 42 Prozent haben ein Jahresbudget unter 10.000 Euro, 32 Prozent zwischen 10.000 bis 50.000 Euro und nur 4 Prozent erhalten ein Jahresbudget über 200.000 Euro. Zwei Personalstellen oder mehr hat nur ein knappes Drittel der Agenturen zur Verfügung. Etwa genauso viele müssen ohne hauptamtliches Personal auskommen.⁸

➤ www.bagfa.de

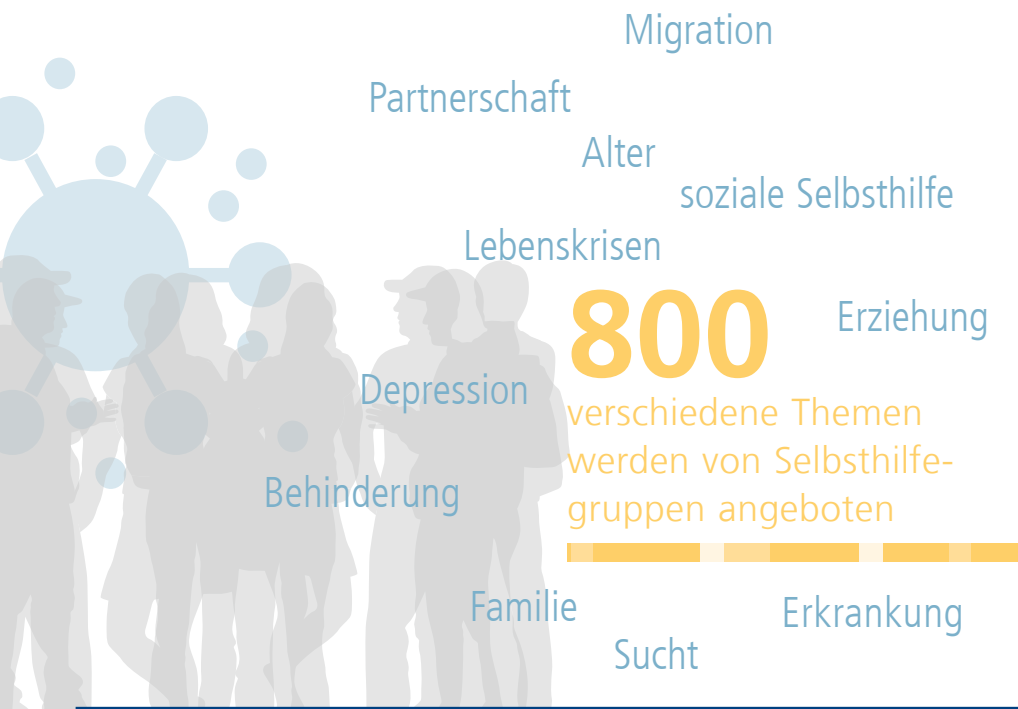
Beratung von Freiwilligen

Jede Freiwilligenagentur berät 72 Interessierte pro Jahr, 46 werden in ein Ehrenamt vermittelt



Hochgerechnet auf 500 Einrichtungen entspricht dies in etwa 36.000 Beratungen und 23.000 Vermittlungen im Jahr

⁷ Speck, Backhaus-Maul, Friedrich und Krohn.
⁸ ebd.



Bürgerstiftungen

1914 wurde im amerikanischen Cleveland die erste Community Foundation ins Leben gerufen. Es dauerte etwa achtzig Jahre, bis der Funke auf Deutschland übersprang. 1996 kam es in Hannover und Gütersloh zu ersten Gründungen.

Bürgerstiftungen werden von Bürgerinnen und Bürgern initiiert, die lokale Zwecke fördern und sich nicht nur mit Geld, sondern auch mit Zeit und Wissen einbringen. Darüber hinaus können Kommunen, Banken und Unternehmen als Stifter auftreten, sie sollten aber eine zurückhaltende Rolle spielen. So ist es in den vom Bundesverband der Deutschen Stiftungen verabschiedeten „Zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“ festgehalten. Demnach soll eine Bürgerstiftung unabhängig sein, demokratisch von mehreren Stiftern getragen werden sowie öffentlich und gemeinnützig im lokalen Umfeld agieren.

Der Verein Aktive Bürgerschaft e.V., der seit Jahren den Aufbau und die Entwicklung der Bürgerstiftungen in Deutschland unterstützt, hat 348 Bürgerstiftungen herausgefunden, die diese zehn Merkmale erfüllen. Etwa noch einmal so groß ist die Zahl derer, die Bürgerstiftung zwar im Namen tragen, aber den Kriterien nicht genügen (Stand: 2012).

Die Zahl der Stiftungen, die vom Bundesverband Deutscher Stiftungen auf Antrag mit dem Gütesiegel ausgezeichnet wurden, das die Einhaltung der zehn Merkmale zertifiziert, lag Ende 2013 bei 259.

Das Aktionsfeld der Bürgerstiftungen ist sehr groß: Sie fördern so unterschiedliche Zwecke wie Nachbarschaftshilfen, Museen und kulturelle Initiativen, die Anlage von Streuobstwiesen oder Streitschlichter-Programme an Schulen. Jugend sowie Bildung und Erziehung sind mit jeweils einem Drittel der Förderzwecke Spitzenreiter, Kunst und Kultur sowie soziale Zwecke folgen mit weitem Abstand mit je 8 Prozent.¹²

Nach Erhebungen der Aktiven Bürgerschaft e.V. engagieren sich etwa 14.000 Ehrenamtliche in Bürgerstiftungen. Das gesamte derzeitige Kapital liegt bei 235 Millionen Euro,

Selbsthilfekontaktstellen

Grundsätzlich meint Selbsthilfe die Fähigkeit, mit eigener Kraft Auswege aus einer Not- oder Problemlage zu suchen. Selbsthilfe versteht sich aber auch als gegenseitige Hilfe durch „nicht professionelle Helfer“, die keine Bezahlung erhalten und keinen institutionellen Regeln unterliegen. Ihr solidarisches Prinzip bringt das Motto der Anonymen Alkoholiker zum Ausdruck: „Du allein kannst es, aber du kannst es nicht alleine“.

Selbsthilfegruppen vereinen Menschen mit ähnlichen Problemen oder Anliegen im gesundheitlichen und sozialen Bereich. Durch gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch unter Gleichbetroffenen stärkt die Gruppe den Einzelnen. Durch gemeinsame Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit betreibt Selbsthilfe wichtige gesellschaftliche Aufklärung.

Mit der Selbsthilfebewegung in den 1970er Jahren begann eine Erfolgsgeschichte: 70.000 bis 100.000⁹ Selbsthilfegruppen mit ca. 3 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu über 800 verschiedenen Themen gibt es derzeit in Deutschland.

Viele von ihnen organisieren sich ohne weitere Unterstützung von außen. Über 38.000 Selbsthilfegruppen in Deutschland aber werden nach Recherchen der NAKOS¹⁰ von 289 Selbst-

hilfekontakt- und -unterstützungsstellen begleitet. Diese Einrichtungen stellen Räume und Ressourcen zur Verfügung, bieten Informationen, Fortbildungen und weitere Austauschmöglichkeiten an. Mit Selbsthilfetagen sorgen sie für öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung der Selbsthilfeidee und vermitteln Suchende über Datenbanken und telefonische Beratung an die für sie infrage kommenden Gruppen. Eine wichtige Aufgabe ist ihre Einbeziehung in die Vergabe von Fördermitteln durch die gesetzlichen Krankenkassen nach § 20c SGB V, die der Selbsthilfe nach langen Jahren der Überzeugungsarbeit seit 2008 endlich eine gesicherte Finanzierungsgrundlage beschert hat. 2012 wurden 41 Millionen Euro ausgeschüttet, das entspricht 0,59 Euro pro Versichertem. Dieser Anteil soll in den kommenden Jahren weiter leicht steigen. Auch Bund (etwa 2 Mio. Euro), Länder (letzte Angabe 2007: 11,4 Mio. Euro) und Kommunen (hier gibt es keine Gesamtzahlen) unterstützen vor allem die gesundheitliche Selbsthilfe. Soziale Selbsthilfegruppen können bisher nicht auf eine ähnliche Förderung zurückgreifen.¹¹

➤ www.nakos.de
www.dag-shg.de

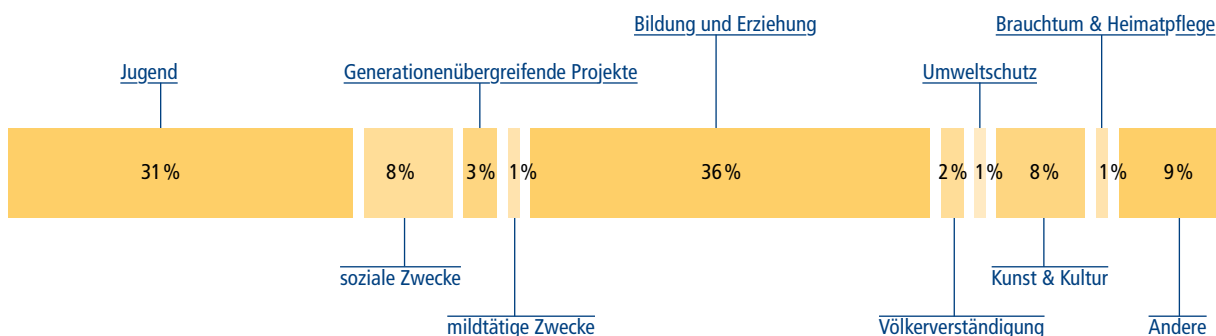
⁹ www.nakos.de.

¹⁰ NAKOS ist die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, eine Einrichtung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.

¹¹ NAKOS-Studien: Selbsthilfe im Überblick 3. Zahlen und Fakten 2011/2012.

¹² Initiative Bürgerstiftungen: Befragung 2013.

Förderschwerpunkte der Bürgerstiftungen in Deutschland 2012



wobei viele Stiftungen über Spenden und ehrenamtliche Mitarbeit weitere beachtliche Aktivitäten entfalten. 10,2 Millionen Euro gingen 2012 als Spenden an Bürgerstiftungen. Zunehmend schlüpfen weitere Treuhandstiftungen unter ihr Dach, die 2012 ein weiteres Stiftungskapital von 82 Millionen Euro einbrachten.

In einem aktuellen Strategiepapier „Aufbruch Bürgerstiftungen 2030“ profilieren sich die Bürgerstiftungen als unabhängige Plattfor-

men der Zivilgesellschaft: Sie wollen Projekte mit hohem Anteil an bürgerschaftlichem Engagement fördern und in ihren Kommunen Runde Tische zu kommunalpolitisch wichtigen Themen einrichten und moderieren. Das würde ihrer Rolle als finanziell autonome, aber dem lokalen Umfeld verpflichtete Instanz entgegenkommen.¹⁴

➤ www.buergerstiftungen.org
www.aktive-buergerschaft.de

Mütterzentren

Mütter- und Familienzentren verstehen sich als offene Einrichtungen von Familien für Familien. „Herzstücke“ eines Mütterzentrums sind der offene Treff und die offene Kinderbetreuung. Weitere Angebote entwickeln sich aus dem Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer und den Ideen und Fähigkeiten, die sie unentgeltlich oder gegen geringe Aufwandsentschädigung einbringen. Die mittlerweile 400 Mütterzentren in Deutschland sind natürlich auch offen für Väter oder Großeltern, aber der überwiegende Teil der Aktiven sind bis heute Mütter geblieben.

Das Konzept der Mütterzentren wurde Ende der 1970er Jahre am Deutschen Jugendinstitut im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Elternarbeit entwickelt. Aufgrund wissenschaftlicher Erhebungen wurde ein Profil für drei Modell-einrichtungen erstellt. Demnach suchen junge Familien den Austausch mit anderen Eltern, ohne hohe institutionelle Hürden. Sie möchten von den gegenseitigen Erfahrungen profitieren. Insbesondere Mütter, die ihre Kinder zu Hause erziehen, suchen Angebote, die sie gemeinsam mit ihren Kindern wahrnehmen können. Folgende Kriterien sollte ein Mütterzentrum auszeichnen:

- „Mütterzentren werden von den Besucherinnen selber verwaltet. Mütter werden dort auf ihre Kompetenzen hin angesprochen und als Praxisexpertinnen wahrgenommen.
- Elternbildung und Elternberatung sind eingebettet in die Alltagsaktivitäten der Zent-

Seniorenbüros

Anfang der 1990er Jahre entstanden im Rahmen eines Modellprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die ersten Seniorenbüros; mittlerweile gibt es in Deutschland etwa 330 Einrichtungen. Insgesamt sind mehr als 28.000 Menschen freiwillig aktiv, sie leisten zusammen rund 2,5 Millionen Engagementstunden pro Jahr¹³.

Seniorenbüros stehen für ein aktives Alter. Menschen, vor allem in der nachberuflichen Phase, sollen Gelegenheit erhalten, ihre Talente und Zeit für die Gemeinschaft einzusetzen. Seniorenbüros bieten dafür Informationen und Beratung zu freiwilligem Engagement, Ehrenamt und zur Selbsthilfe, vermitteln Ehrenamtliche an Verbände, Vereine und Initiativen und unterstützen Gruppen und Projekte, die sich eigenständig engagieren wollen. Seniorenbüros wollen zu einer selbstständigen Lebensgestaltung bis ins hohe Alter beitragen und öffentlich

2,5
Mio. Stunden leisten
28.000 Freiwillige für
Seniorenbüros

für ein aktives Alter werben. Neben den ausdrücklich so bezeichneten Seniorenbüros existieren weitere Einrichtungen, die sich ähnlichen Zielen verschrieben haben. Hierzu zählen die in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten Niedersachsens seit 2008 entstandenen Seniorenservicebüros, die über einen Zeitraum von bis zu vier Jahren durch das Land in Höhe von 40.000 Euro pro Jahr gefördert wurden.

➤ www.seniorenbueros.org
www.generationendialog-niedersachsen.de

13 Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros BAS.

14 Initiative Bürgerstiftungen: Bürgerstiftungen 2030. Strategien für die Zukunft; Verein Aktive Bürgerschaft e.V.: Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2013.



9.000

Freiwillige und über
300.000 Nutzer/-innen von
Mütterzentren

ren und geschehen weitgehend auf der Ebene einer Beratung unter Eltern von gleich zu gleich.

- Das „Herz“ der Mütterzentren ist die offene Caféstube, die täglich geöffnet ist und von der alle Aktivitäten ausgehen. Der offene Treff prägt die Atmosphäre. Kurse und Veranstaltungen sind darin eingebettet.
- Die Arbeit in den Mütterzentren wird honoriert. Zusätzlich wird das Familienbudget entlastet mit Angeboten wie Spielzeugverleih oder Second-Hand-Laden.
- Kinder sind im Mütterzentrum immer willkommen und selbstverständlicher Teil des Mütterzentrums. Dennoch stehen die Interessen der Mütter im Zentrum im Vordergrund.“¹⁵

Durch den stark betriebenen Ausbau professioneller Betreuungseinrichtungen in den letzten Jahren und den Wunsch vieler Mütter, nach der Geburt des Kindes schnell wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, steht das bürgerschaftliche Engagement in Mütterzentren heute vor großen Herausforderungen. Trotz dieses Drucks arbeiten die meisten Einrichtungen stabil. Ein weiterer Erfolg: Mütterzentren gelten als wichtiges Vorbild für die seit 2006 vom Bundesfamilienministerium flächendeckend geförderten Mehrgenerationenhäuser.

➤ www.muetterzentren-bv.de

Mehrgenerationenhäuser

2006 ging das Bundesmodellprogramm Mehrgenerationenhäuser (MGH) mit 450 Einrichtungen an den Start. Mittlerweile gibt es viele weitere Einrichtungen, die sich am Modellprogramm orientieren, ohne die Bundesförderung in Anspruch zu nehmen. Damit ist der Anspruch, in allen kreisfreien Städten und Landkreisen ein MGH einzurichten, nahezu aufgegangen. Derzeit unterstützt der Bund jede Einrichtung mit jährlich 30.000 Euro, eine Kofinanzierung von Bundesländern, Kommunen oder Trägern des MGH von 10.000 Euro muss hinzukommen. Viele MGHs weisen freilich ein deutlich höheres Jahresbudget auf. Im Durchschnitt deckt der Anteil der Bundesförderung 39,8 Prozent der Gesamteinnahmen.

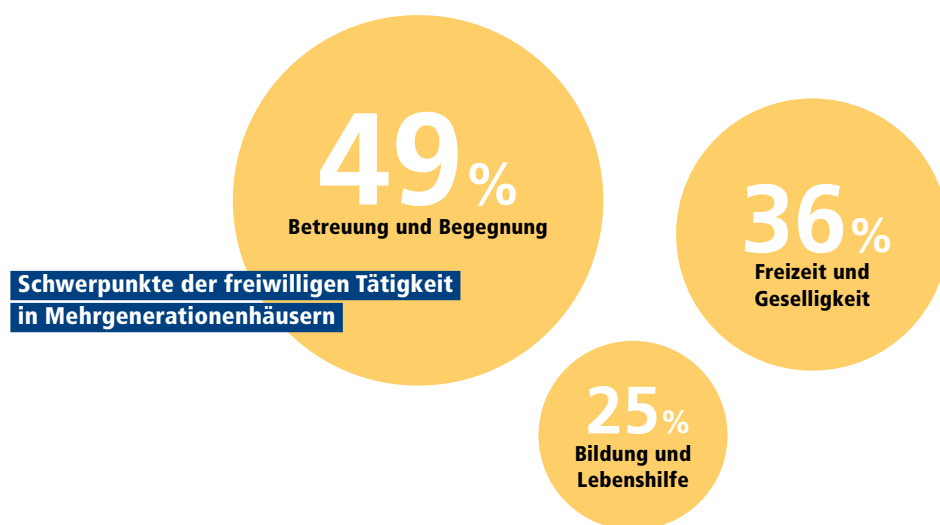
MGHs wollen für eine zeitgemäße Wiederbelebung der Großfamilie sorgen. Von Jung bis Alt treffen sich Menschen unter einem Dach, tauschen sich aus – dazu dient der offene Treff – und helfen sich gegenseitig, z. B. durch haushaltsnahe Dienstleistungen oder bürgerschaftliches Engagement. Jedes MGH soll nach den Programmvorgaben folgende vier Angebotsschwerpunkte besonders berücksichtigen:

- Alter und Pflege
- Integration und Bildung
- Angebot und Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen
- Freiwilliges Engagement.

Ein durchschnittliches MGH, so ergab das Herbstmonitoring 2012, offeriert in diesen Programmschwerpunkten ca. 20 Angebote. Drei Angebote widmen sich ausdrücklich dem Schwerpunkt bürgerschaftliches Engagement, die von 113 Personen in Anspruch genommen werden. Pro Haus sind im Durchschnitt 32 Ehrenamtliche tätig, das entspricht 57 Prozent aller Aktiven (insgesamt: 14.495). Nach der in 2012 durchgeführten Befragung der freiwillig Engagierten in MGHs, an der 2.062 Personen teilnahmen, liegt der Schwerpunkt der freiwilligen Tätigkeit vor allem im Bereich Betreuung und Begegnung (49%), gefolgt von Freizeit und Geselligkeit (36%) sowie Bildung und Lebenshilfe (25%). Die durch die freiwillige Tätigkeit erworbenen Fähigkeiten können dazu dienen, die (Wieder-)eingliederung in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Deshalb kooperieren die MGHs auch mit der Bundesagentur für Arbeit.

Die MGHs sind in der Kommune gut angenommen. Jedes Haus wird im Durchschnitt von 101 Menschen am Tag genutzt. Auch die Vernetzung mit anderen Akteuren ist engmaschig. Durchschnittlich kooperiert ein MGH mit 66,7 Partnern.¹⁶

➤ www.mehrgenerationenhaeuser.de



¹⁵ www.dji.de.

¹⁶ Ergebnisse der Befragungen Freiwillig Engagierter 2012; Benchmarking. Bericht auf Programmebene. Herbstmonitoring 2012. www.mehrgenerationenhaeuser.de.

Soziokulturelle Zentren

Anfang der 1970er Jahre entstanden die ersten soziokulturellen Zentren in der Bundesrepublik. Häufig wurden sie von Bürgerinitiativen oder Jugendbewegungen eingefordert, die sich – zunächst meist in Großstädten, später auch in Mittel- und Kleinstädten – eigene Räume für die Verwirklichung ihrer vielfältigen bürgerschaftlichen Aktivitäten wünschten. Fortschrittliche Kulturpolitiker unterstützten ihr Anliegen.

14.300

Ehrenamtliche engagieren sich in soziokulturellen Zentren

Sie forderten eine „Kultur für alle“ (so der Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann). Nicht nur Theater, Opernhäuser und Museen sollten die kulturelle Infrastruktur prägen, sondern alltagsnahe Orte der Begegnung und Kreativität, in denen sich verschiedenste Initiativen ansiedeln konnten: Von der freien Fahrradwerkstatt über den kleinen Kunstverein und das Laientheater bis zu politischen Gruppierungen und Bürgerinitiativen. Mit dem Fall der Mauer kamen weitere soziokulturelle Einrichtungen hinzu, die in der DDR eine vermeintliche Volks- und Arbeiterkultur repräsentierten und sich nach der Wende im Sinne der Soziokultur neu ausrichteten.

Bürgerschaftliches Engagement spielte in Soziokulturellen Zentren in ihrer Gründungsphase eine zentrale Rolle und hat diese, trotz starker Professionalisierung, bis heute bewahrt. Nicht nur das Programmangebot wird von einer breiten Amateurkultur mitgeprägt. Die Zentren sind auch ein Versammlungsort für Vereine und Initiativen, für die sie Räume und Technik bereitstellen. Die von der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren jährlich publizierten statistischen Berichte errechneten 9,5 Millionen Besucherinnen und Besucher für die dem Verband angeschlossenen 470 Einrichtungen. Neben 2.135 sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten und 4.171 Honorarkräften engagieren sich 14.342 Ehrenamtliche in den Zentren. Daneben absolvieren fast 400 Personen ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Kultur oder in einem Bundesfreiwilligendienst (Zahlen für 2012).

Soziokulturelle Zentren leben vor allem von Eigeneinnahmen, etwa durch Konzerte oder Vermietungen (41%). Ein knappes Drittel kommt als – meist von Kommunen – gewährte öffentliche Förderung hinzu. Die Gesamteinnahmen beliefen sich 2012 auf 144 Millionen Euro.¹⁷

➤ www.soziokultur.de



Weitere Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements

Neben den aufgeführten Infrastruktureinrichtungen existieren viele weitere Drehscheiben des lokalen Bürgerschaftlichen Engagements, die zum Teil auf besondere Traditionen zurückgehen. So etwa die in Berliner Bezirken nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Nachbarschaftsheime, die sich ausdrücklich auf die historischen Vorbilder Toynbee Hall und Hull House beziehen. Im Verband für sozial-kulturelle Arbeit haben sich 56 Nachbarschaftsheime in Deutschland zusammengeschlossen. Offene Begegnungsstätten für jedes Alter werden von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen getragen. Viele Kindergärten und Schulen haben sich als Gemeinschaftseinrichtungen in ihrem Stadtteil geöffnet und bieten unterschiedlichen bürgerschaftlichen Aktivitäten Raum und Ressourcen. Kleinere Kommunen haben in Zusammen-

arbeit mit ehrenamtlichen Bürgerinitiativen leerstehende Häuser in der Dorfmitte zu Bürgerzentren umgebaut. Häufig konnten sie auf Finanzmittel des LEADER-Programms der EU zurückgreifen. Vielen größeren Kommunen standen bei der Einrichtung von Stadtteilbüros Fördertöpfe aus dem Bundesprogramm Soziale Stadt zur Verfügung. In etwa 200 kleineren Gemeinden, die unter dem Verlust laufnaher Einkaufsmöglichkeiten zu leiden haben, entstanden von der Bürgerschaft getragene Dorfläden, die sich häufig als sozialer Anlaufpunkt verstehen.

➤ Nachbarschaftsheime: stz.spinnenwerk.de;
Dorfläden: www.dorfladen-netzwerk.de

¹⁷ Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.: Soziokulturelle Zentren in Zahlen. Statistischer Bericht 2013.

Für Nachhaltigkeit und Vernetzung

Die Rolle der kommunalen Engagementpolitik

In der Fachdebatte besteht Einigkeit, dass die Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements unverzichtbar sind. Freilich haben viele bis heute keine ausreichende und nachhaltige Arbeitsgrundlage. Seit Jahren wird daher gefordert, sie mit einer dauerhaften Sockelfinanzierung auszustatten, die – um Kommunen nicht allzu stark zu belasten – eine subsidiäre Unterstützung von Land und Bund einschließen sollte.

Daneben unterstützen Kommunen Einrichtungen durch die Bereitstellung von Verwaltungsinfrastruktur, z. B. Unterstützung durch Abteilungen wie der Pressestelle, oder die Überlassung von Räumen und Fahrzeugen.

Aber damit ist es nicht getan. Eine lokale Engagementpolitik, die bislang in den Kommunen noch viel zu selten formuliert und umgesetzt wird, muss über die Sicherung der Einrichtungen hinaus auf Bündelung, Vernetzung und Kooperation ausgerichtet sein. Es gilt,

- eine strategische Orientierung für das lokale Engagement zu entwerfen
- gemeinsame Projekte voranzubringen
- Doppelarbeit zu vermeiden
- Schnittstellen zu Partnern außerhalb des Dritten Sektors (Wirtschaft, Politik, Verwaltung) zu gestalten, denn diese verlangen in der Regel nach strategisch handlungsfähigen Partnern, die „mit einer Stimme“ sprechen können
- ausreichende Ressourcen verlässlich und nachhaltig bereitzustellen.

Dies alles braucht Beziehungspunkte. Die lokalen Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements sind geradezu prädestiniert, eine Hauptrolle im Netzwerkmanagement zu übernehmen.

Von Fall zu Fall wird diese Vernetzung unterschiedlich ausgestaltet werden, in Nürnberg anders als in Nordhalben, in der Uckermark anders als in Viernheim. Das Plädoyer ist klar: Wir brauchen, mehr denn je,

eine kommunale Engagementpolitik, die klärt, welche Rolle Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements spielen sollen.

Auf die Haltung kommt es an

Ausschlaggebend ist oft nicht, was in Ratsvorlagen oder kommunalen Leitbildern festgelegt wird. Der Buchstabe wird erst mit Leben erfüllt, wenn die Haltung stimmt, die Kommunalpolitikerinnen und -politiker zum bürgerschaftlichen Engagement einnehmen. Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit entscheiden darüber, ob ein Leitbild oder ein Beschluss wirkliche Orientierung bieten.

Wird das bürgerschaftliche Engagement nur in der Sonntagsrede gelobt oder als unverzichtbare Grundlage kommunalen Lebens wertgeschätzt? Gilt es als nettes, aber verzichtbares Sahnehäubchen oder als der Humus, auf dem lokale Demokratie erwächst?

Der Arnberger Bürgermeister Hans-Josef Vogel ist ein Vordenker¹⁸: Für ihn bilden die sogenannten freiwilligen Leistungen, die durch bürgerschaftliches Engagement erbracht werden, die eigentliche DNA der kommunalen Selbstverwaltung. Sie geben Städten und Dörfern ihr unverwechselbares Gepräge, machen sie lebens- und liebenswert. Politik, so Vogel, könne das Engagement der Bürgerschaft fördern, indem es die „drei E's“ beherzigt:

Eigenständigkeit: Bürgerinnen und Bürger wünschen sich, die Ziele ihres Tuns mitzubestimmen.

Sie wollen nicht als Lückenbüsser oder Ausfallbürge für liegengeliebene kommunale Aufgaben herhalten.

Einbindung: Menschen suchen über ihr Engagement die Zusammenarbeit, den Dialog, ja, die Freundschaft mit Gleichgesinnten. Sie erhöhen, auch für sich ganz persönlich, den sozialen Mehrwert.

Erfolgs erleben: Engagierte wollen sich selbst als Ursache des Handelns erleben. Sie gestalten ihre Lebensumwelt dann gerne mit, wenn sie darin ihre Spuren erkennen und ihre Erfolge emotional erleben können.

Engagementpolitik, so lautet Vogels Plädoyer, sei dann erfolgreich, wenn sie Spielräume öffnet und direkte Eingriffe vermeidet. Am ehesten ist sie mit der kommunalen Kulturpolitik vergleichbar: Sie schafft Plattformen, unterstützt die Entfaltung der Kreativität, würde aber nicht in die Selbstorganisation eingreifen, indem sie vorschreibt, welches Stück zur Aufführung kommt.

Bürgerschaftliches Engagement als Teilaspekt strategischer Politik stärken

Dennoch, so Uwe Lübking¹⁹ vom Städte- und Gemeindebund, sei das bürgerschaftliche Engagement beileibe keine Spielwiese. Natürlich gehe es um Selbstverwirklichung. Menschen ließen sich aber auch von politisch formulierten Zielen überzeugen, wenn die Rahmenbedingun-

¹⁸ Vogel 2013.

¹⁹ Lübking 2011.

gen und die Botschaft stimmten. Es gehe um die Koproduktion zwischen Politik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft mit dem Ziel eines stärkeren sozialen Zusammenhalts.

Dazu gehört, dass Gemeindemitglieder bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und von einer teilhabeorientierten Verwaltung und bürgerschaftlichen Anlaufstellen unterstützt werden. Die politisch Verantwortlichen sollten sich bei allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern die Frage stellen, was bürgerschaftliches Engagement beitragen könnte: Gelingt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nicht besser, wenn man neben der hauptamtlichen Beratungsstelle auch ein ehrenamtliches Patenprojekt fördert? Lassen sich Kindertagesstätten oder Schulen mithilfe ehrenamtlicher Mitarbeit zu offenen Familienorten und Stadtteiltreffs weiterentwickeln? In vielen fachpolitischen Angelegenheiten kann das bürgerschaftliche Engagement Aufgaben übernehmen.

Voraussetzung, damit dies auch gelingt, ist die Bereitschaft zum Dialog auf Augenhöhe: Bürgerinnen und Bürger, so Paul Stefan Roß, Koordinator des Gemeindeforschungsnetzwerks für bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg, wollten bei der Gestaltung ihres Lebensumfelds, ihrer Nachbarschaft in einem doppelten Sinne mitwirken: Sie wollten politisch bei der Formulierung der Ziele und Maßnahmen beteiligt sein und sozial im Sinne der Mitverantwortung und des Mittuns einbezogen werden. Das Leitbild dafür nennt Roß Bürgerkommune. Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements bilden für Roß Netzwerknoten, in denen sich Engagement und Beteiligung verbinden können.



Einige **gute** Beispiele

Welche Wege man einschlagen kann, zeigen gute Beispiele, aber die Wege verlaufen unterschiedlich, ob man sich in Berlin oder Marktheidenfeld, Stuttgart oder Aurich befindet. Ein Dorf wird sich kaum eine eigene Anlaufstelle für das bürgerschaftliche Engagement leisten können. Vielleicht kann es aber auf der Landkreisebene mit anderen Kommunen zusammenarbeiten. Großstädte wie München haben hingegen allein sechs Freiwilligenagenturen und mit FÖBE noch eine eigene Stelle, die diese Anlaufstellen, zahlreiche Stadtverbände sowie Verwaltung und Kommunalpolitik miteinander vernetzt. In Berlin gibt es gar einen eigenen Senatsausschuss für das bürgerschaftliche Engagement.

Nordhalben

In Nordhalben kann man die Auswirkungen des demographischen Wandels hautnah studieren. Vor fünfzig Jahren hatte der Ort im Frankenwald noch gut dreitausend Einwohner, jetzt ist man um ein gutes Drittel geschrumpft. Die Steuereinnahmen sanken und vorhandene Infrastrukturen wie Lebensmittelläden oder Wirtshäuser mussten schließen.

Nürnberg

Uli Glaser von der Stabsstelle Bürgerengagement im Nürnberger Sozialreferat beschreibt den Nürnberger Weg als das Zusammenspiel von Makro-, Mikro und Mesoebene²⁰: Auf der Makroebene formuliert die Stadtpolitik ihre strategischen Ziele: Zuallererst geht es um das Leitmotiv einer „Solidarischen Stadtgesellschaft“, das Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly vorgegeben hat. Wie lässt sich dies sozialpolitisch ausbuchstabieren? Dazu wurden im Sozialreferat Leitlinien entwickelt, die vor allem die drei A's – Armut, Alter, Aufwachsen – in den Mittelpunkt stellen. Nürnberg hat im

Süden Stadtteile mit einem sehr hohem Anteil von Arbeitslosen, Jugendlichen mit abgebrochenen Schulkarrieren, Alleinerziehenden und allein lebenden älteren Menschen. Was kann das bürgerschaftliche Engagement zur Bewältigung der sozialen Probleme beitragen? Wie kann es den Zusammenhalt in einer „Solidarischen Stadtgesellschaft“ stärken?

Auf der Mikroebene geht es, so Glaser, um die „drei B's“: Bürgerzeit, Bürgergeld und Bürgerwissen. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, sei groß, aber sie benötigt – ganz im Sinne Vogels – einen Freiheitskorridor und die richtige Wertschätzung, um sich entfalten zu können.

Die wichtigste Ebene ist die Mesoebene: Hier entscheidet sich, wie sich der Eigensinn der engagierten Bürgerinnen und Bürger mit den strategischen Zielen der Stadtpolitik verknüpft, welche Formen der Koproduktion sie eingehen. So hat man beispielsweise mit Firmen und namhaften Unternehmern Stadtteilpatenschaften abgeschlossen. Die Paten verpflichten sich, über einen mehrjährigen Zeitraum bürgerschaftliche Initiativen und Aktionen im Stadtteil ideell und finanziell (mit 25.000 Euro jährlich) zu unterstützen. Der Stadtteilpate soll mit seinen weitreichenden Kontakten weitere „Stadtteilfeunde“ als Förderer für Anliegen im Stadtteil finden.

Der zweite Baustein ist der Aufbau von Anlaufstellen des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil. Dabei kooperiert das Sozialreferat eng mit dem Zentrum Aktiver Bürger (ZAB), der

örtlichen Freiwilligenagentur. Gemeinsam werden Schlüsselprojekte festgelegt, die das ZAB in den benachteiligten Stadtteilen umsetzen soll. Dafür gibt es ein Budget, das für die Zielerreichung flexibel einsetzbar ist. Hierzu zählen

- Familienpatenschaften
- Seniorenbegleiter
- bürgerschaftliches Engagement in Kitas und Schule
- Bildungspatenschaften.

Die Schlüsselprojekte können im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Stadt und ZAB erweitert werden. So entstanden beispielsweise ehrenamtliche Patenschaften, die jungen und unerfahrenen Eltern nach der Geburt ihres Kindes zur Verfügung stehen. Bei allen Schlüsselprojekten stehen Hauptamtliche im Hintergrund, die für geeignete Rahmenbedingungen sorgen, Ehrenamtliche anwerben, Fortbildungen oder Supervisionen organisieren, Patenschaften vermitteln und in Konfliktsituationen zur Stelle sind.

Das ZAB kann zusätzlich zu den Schlüsselprojekten weitere Ideen aufgreifen, die von Engagierten in den jeweiligen Stadtteilen an die Einrichtungen herangetragen werden. Auf diese Weise können die jeweils besonderen Talente und Anliegen der Ehrenamtlichen, aber auch die besonderen lokalen Problemlagen berücksichtigt werden. So entstand etwa in einem Stadtteil ein ehrenamtlicher Handwerkerdienst, der alleinstehenden Älteren bei kleinen Reparaturen hilft.



Fläche: 186,4 km²
Einwohner: 513.713
Bevölkerungsdichte:
2.756 Einwohner je km²

²⁰ Glaser 2012.

Im Ort hatte sich eine resignative Stimmung verbreitet, bis Bürgerinnen und Bürger zur Eigeninitiative schritten. Die Initiative Nordhalben Aktiv (NohA) hat mit verschiedenen Projekten und Diskussionsforen den Bürgersinn zu neuem Leben erweckt.

2006 wurde NohA mit ihrem Kernteam von sieben Personen erstmals aktiv. Es begann mit einer Befragung der Dorfbewohnerinnen und -bewohner. Als wichtigstes Anliegen wurde die Verbesserung des Ortsbildes genannt. NohA organisierte Ortsbegehungen, die Nordhalben mit der Brille eines Touristen erkunden sollten. Man wollte der Unzufriedenheit auf den Grund gehen und herausfinden, wo man am besten ansetzt. Schließlich einigte man sich auf die Schlossbergstraße, die älteste Lebensader Nordhalbens. Die meisten Anwohner äußerten den Wunsch, dass die Alleebäume wegen des vielen Laubs zurückgeschnitten werden sollten. Dies wurde mit einer groß angelegten ehrenamtlichen Aktion unter fachkundiger Anleitung bewerkstelligt. Die Bevölkerung sah: Es passiert

etwas – und zog nach: Hausbesitzer renovierten die Fassaden und plötzlich sah die Straße viel freundlicher, heller und bunter aus.

Weitere Aktionen folgten: Als der Lebensmittelmarkt schließen musste, initiierte NohA die Einrichtung eines Dorfladens in Bürgerhand. Mehr als 400 Haushalte zeichneten das Stammkapital mit je 300 Euro Einlage. Etwa fünfzig Ehrenamtliche richteten den Nordwaldmarkt ein.

Als Frankwaldgemeinde liegt Nordhalben in einer holzreichen Region. NohA half mit, ein architektonisch gelungenes Hackschnitzelheizwerk für die Fernwärmeversorgung zu realisieren, das zugleich eine unansehnliche Baulücke im Ortskern schloss. Ein zweites Heizwerk wird gerade geplant.

NohA versteht sich als Drehscheibe und Impulsgeber für Bürgerengagement. Mittlerweile ist die Initiative bei jeder wichtigen kommunalpolitischen Entscheidung gefragt. Auch in Planungsprozesse mit Nachbargemeinden ist sie einbezogen. Das geht manchmal nicht ohne Reibereien mit dem gewählten Bürgermeister,



Nordhalben
www.nordhalben.de

Fläche: 21,92 km²
Einwohner: 1.816
Bevölkerungsdichte:
83 Einwohner je km²

aber irgendwie hat man sich doch immer wieder zusammengerauft. Bernd Daum von NohA fasst seine Erfahrungen so zusammen: „Durch Jammern lässt sich nichts verändern. Die gemeinsame Arbeit an Projekten stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und macht stolz auf das Geleistete und stolz auf die eigene Heimat.“²¹



Viernheim
www.viernheim.de

Fläche: 48,41 km²
Einwohner: 32.601
Bevölkerungsdichte:
673 Einwohner je km²

Viernheim

Ein erster Blick auf die Internetseite von Viernheim überrascht. Die Darstellung des bürgerschaftlichen Engagements ist mindestens so prominent und umfangreich wie die der Wirtschaftsförderung. In Viernheim hat das Tradition.

Es gibt ein reges Vereinsleben, aber dies war den Viernheimern nicht genug. 1996 wurde durch einen Ratsbeschluss die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Vereinen und Initiativen ein Konzept zur Sicherung und Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements zu erstellen. Als ersten Schritt erarbeitete die Stadt als Mitglied des von der Bertelsmann Stiftung gegründeten Civitas-Netzwerks eine Demokratiebilanz. In einer umfangreichen Befragung sollte die Bürgerschaft zum Stand des bürgerschaftlichen Engagements

und der demokratischen Teilhabe Auskunft geben.

Das auf dieser Grundlage erarbeitete Konzept sah drei kommunalpolitische Aufgabebereiche vor, für die geeignete Maßnahmen entwickelt werden sollten:

- **Stärkung der Bürgerbeteiligung:** Hier wurden die mit der Demokratiebilanz begonnenen Bürgerbefragungen zu besonderen Themen wie Innenstadtentwicklung oder „Leben im Alter“ fortgesetzt. Zudem wurde die Bürgerschaft rechtzeitig in wichtige Vorhaben einbezogen. So wurde bei der Sanierung des Waldschwimmbades eine Projektgruppe aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung eingerichtet, die für den Rat eine klare Empfehlung erarbeitete.
- **Förderung der Bürgerorientierung der Verwaltung:** Dafür wurden ein Bürgerbüro und

21 Daum 2013.

ein aktives Beschwerdemanagement eingerichtet.

- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Neben einem regelmäßigen Freiwilligentag und einer jährlichen Anerkennungsveranstaltung des Bürgermeisters wurde 2003 eine Anlaufstelle für das bürgerschaftliche Engagement in der Stadtverwaltung eingerichtet. Sie betreibt eine Ehrenamtsbörse und -beratung. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Unterstützung der Ehrenamtlichen durch ein umfangreiches jährliches Fortbildungsprogramm. 2012 kam der dreimal im Jahr stattfindende Vereinsfrühschoppen dazu, zu dem der Bürgermeister einlädt. Im Schnitt kommen neben der Stadtspitze um die fünfzig Vereinsvorsitzende. Gemeinsam einigt man sich auf die zu behandelnden Themen wie Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen, Öffnung von Vereinen für Migranten oder Verbesserung der Vorstandsarbeit. Die Stadt lädt Fachreferenten als Inputgeber ein.

Eine „Steuerungsgruppe Bürgerkommune“ aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft begleitet die Entwicklung des Ehrenamtes und der Bürgerbeteiligung in Viernheim.²²

Im Leitbild der Gemeinde ist das Selbstverständnis der Bürgerkommune verankert: „Wir Bürger leben hier in Viernheim zusammen an einem Ort. Wir sind gemeinschaftlich verantwortlich für das, was an unserem Ort passiert und wohin sich dieser entwickelt. Es dient unserem Gemeinwesen, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Das bedeutet für uns kommunale Selbstverwaltung.“

Impressum

Herausgeber: Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
Postfach 103 | D-33311 Gütersloh

Verantwortlich: Alina Mahnken

Kontakt:
alina.mahnken@bertelsmann-stiftung.de

Bildnachweis: Archiv der Bertelsmann Stiftung, digital vision, fotolia NiklsN, istockphoto A-Digit, Thomas Kunsch, Alina Mahnken, Veit Mette, Veer Incorporated

Gestaltung: Dietlind Ehlers

Der Autor

Dr. Thomas Röbbke ist seit 2003 Leiter des Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement Bayern. Im Landesnetzwerk sind u. a. die Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Mütterzentren, Bürgerstiftungen und Seniorenbüros partnerschaftlich verbunden. 1997 gründete er das Zentrum Aktiver Bürger in Nürnberg, das zu den größten Freiwilligenagenturen in Deutschland zählt.

Literatur

- Baaß, Matthias, Volker Klein und Horst Stephan. Konzept der Engagementförderung, Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung. Viernheim 2010. www.viernheim.de.
- Bogumil, Jörg und Lars Holtkamp: „Die kommunale Ebene“. Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Hrsg. Thomas; Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß. Wiesbaden 2010. 382–403.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Eckpunkte des Deutschen Vereins zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen. Berlin, 2008. www.deutscher-verein.de.
- Glaser, Uli. „Engagementförderung und Freiwilligenmanagement im kommunalen Aufgabenfeld“. Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“ 6 2012. www.nuernberg.de.
- Lübking, Uwe. „Die Notwendigkeit kommunaler Engagementförderung“. Handbuch kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich. Hrsg. Ansgar Klein, Petra Fuchs und Alexander Flohé. Berlin 2011. 11–26.
- Krimmer, Holger und Jana Priemer. ZiviZ-Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen. Berlin 2013. www.ziviz.info.
- Daum, Bernd. „Nordhalben aktiv – Möglichkeiten des Engagements in einer schrumpfenden Kommune“. Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Kommunen. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Hrsg. Holger Magel. Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung. Heft 44. München 2013. 79–84. www.landentwicklung-muenchen.de.
- Roß, Paul Stefan. Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden 2012.
- Röbbke, Thomas und Gisela Jakob. „Engagementförderung als Infrastrukturförderung“. Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Bd. 3. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Berlin 2010. 117–133.
- Speck, Karsten, Holger Backhaus-Maul, Peter Friedrich und Maud Krohn. Freiwilligenagenturen in Deutschland. Wiesbaden 2012.
- Vogel, Hans-Josef. „Bürgerschaftliches Engagement als gesellschaftliche Potenzialentfaltung für die reale Lebenswelt und ihre neuen Herausforderungen“. Zukunftsfaktor Bürgerengagement. Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien. Hrsg. Elisabeth Bubolz-Lutz und Annette Mörchen. Witten 2013. www.engagiert-in-nrw.de.
- Zimmer, Annette und Holger Backhaus-Maul. Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen? Münster 2012.

²² Baaß, Klein und Stephan 2010.



Bausteine des Gelingens: Wie werden Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements erfolgreich?

Drei Kommunen unterschiedlicher Größe wurden vorgestellt: Ein Dorf, eine kleine Mittelstadt und eine Großstadt, die zeigen, wie unterschiedlich erfolgreiche Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements ausgeprägt sein können. Viele weitere gute Beispiele ließen sich anfügen: Die Bürgerstiftung Uckermark, die in einer dünn besiedelten Region Brandenburgs nicht nur eine Kinderuni und viele weitere Bildungsprojekte in enger Abstimmung mit den finanzklammen Kommunen organisiert, sondern auch eine eigene Freiwilligenagentur betreibt. Das Mehrgenerationenhaus Langenfeld, das nach dem Verlust des letzten Wirtshauses einen neuen Dorfmittelpunkt geschaffen hat und mittlerweile schon so bekannt ist, dass die Bundeskanzlerin zu Besuch kommt. Die Bürgerstiftung Stuttgart, die Runde Tische der Bürgerbeteiligung zu wichtigen kommunalpolitischen Anliegen in der Landeshauptstadt wie „Kultur für alle“ oder „Leben im Alter“ anstiftet und damit einen wichtigen Beitrag zur Beteiligungskultur leistet. Oder das schon erwähnte Arnsberg mit dem visionären Hans-Josef Vogel an der Spitze, das die bürgerschaftliche Aktivierung von Seniorinnen und Senioren voranbringt ...

Wer die vielen guten Beispiele miteinander vergleicht, wird auf Besonderheiten, aber auch Gemeinsamkeiten stoßen. Gibt es Kriterien des Gelingens, die trotz regionaler und historischer Unterschiede gegeben sein müssen? Hierzu einige Stichworte:

Wertschätzende Haltung in Politik und Verwaltung

Das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, sollte zu den Leitlinien kommunaler Politik gehören. Aber Papier ist geduldig. Es geht um eine nachhaltige und verbindliche Förderung von Infrastrukturen. Politikerinnen und Politiker in den Parlamenten, insbesondere an der Spitze von Rat und Verwaltung, müssen eine kommunale Engagementstrategie formulieren: Im Sinne einer Ordnungspolitik, die den verlässlichen Rahmen bildet, in dem sich Bürgerengagement entfalten kann; und im Sinne einer Kulturpolitik, die Plattformen und Gelegenheitsstrukturen fördert und sich bei inhaltlichen Zielvorgaben eher zurückhält.

Die Kommune ist der Schlüssel

Engagementpolitik muss von den Kommunen ausgehen. Sie bezieht sich auf gewachsene Traditionen und berücksichtigt die Besonderheiten des jeweiligen Sozialraums. Förderlinien sollten versuchen, an schon vorhandenen Strukturen anzusetzen. Bund und Länder könnten die Formulierung und Umsetzung kommunaler Engagementpolitik unterstützen, statt immer wieder Modellprogramme aufzulegen und neue Einrichtungen zu erfinden. Der Bund hat in den letzten Jahrzehnten zweifellos vieles geleistet, denn Mütterzentren, Seniorenbüros oder Mehrgenerationenhäuser gehen auf seine Impulse zurück. Jetzt aber befinden wir uns in einer Phase der Konsolidierung und Verstetigung. Umgekehrt sollte die Kommunalpolitik nicht jeden Fördertopf gedankenlos anzapfen, sondern sich erst einmal klar darüber werden, was vor Ort wirklich Sinn macht.

Die Form folgt der Funktion

Form follows function, so lautet das Motto für gutes Design. Auch bei kommunaler Engage-



mentpolitik geht es nicht darum, Trägerinteressen zu befriedigen, sondern erst einmal zu fragen, was die Ehrenamtlichen und die am Engagement Interessierten benötigen.

Dann erst folgen passgenaue Maßnahmen, Projekte und Einrichtungen. Engagierte Menschen wollen von Bürokratie entlastet werden, um sich ihrer eigentlichen Tätigkeit zu widmen. Sie wünschen sich verlässliche, unabhängige, gut informierte Anlaufstellen, die leicht zu erreichen sind.

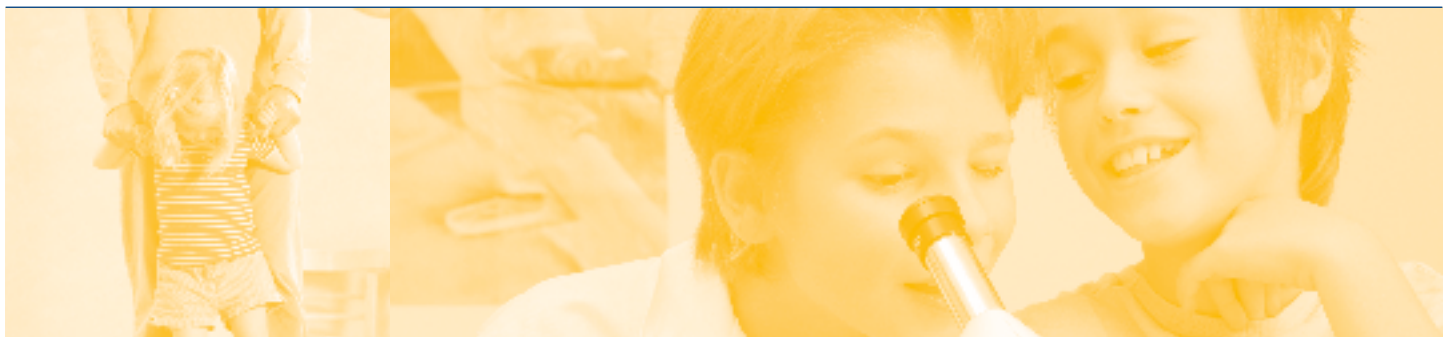
Tandembildung

Die Zivilgesellschaft spricht nicht mit einer Stimme. Ihre Akteure müssen sich austauschen, vernetzen und diskutieren, um zu den besten Lösungen zu kommen. Dieser Prozess muss durch ein unabhängiges Netzwerkmanagement

moderiert werden. Dazu bieten sich Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements an. Als Gegenüber braucht die Zivilgesellschaft verlässliche Ansprechpartner in Politik und Verwaltung, die Engagement und Beteiligung wertschätzen. Auf kurzen Kommunikationswegen sollte ein Tandem zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft für Abstimmung sorgen.

Über den kommunalen Tellerrand blicken

Nicht alle Kommunen sind in der Lage, sich eigene Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements zu leisten. Hier ist interkommunale Zusammenarbeit gefragt. Die kommunalen Spitzenverbände sollten dazu ermutigen. Und sie könnten der Engagementpolitik ein größeres politisches Gewicht geben, auch im eigenen Verband. Schließlich macht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger die Kommune im eigentlichen Sinne aus.



Die Zivilgesellschaft ist bislang unzureichend erforscht. Mit ZiviZpraxis wollen der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Fritz Thyssen Stiftung und die Bertelsmann Stiftung auf das Engagement der Zivilgesellschaft für junge Menschen hinweisen. Der besondere Fokus wird auf die Situation in den Kommunen gelegt, weil hier bürgerschaftliches Engagement seinen Ursprung hat. Neben eigenen Studien werden in der Schriftenreihe Zivilgesellschaft KONKRET Daten, Maßnahmen und Stolpersteine zu dem Feld diskutiert und Handlungsempfehlungen zur lokalen Förderung der Zivilgesellschaft vorgeschlagen. Partner aus der Wissenschaft und Praxis unterstützen die Schriftenreihe mit Beiträgen. Weitere Ausgaben finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de/zivilgesellschaft-konkret.

ZIVIZ
Zivilgesellschaft in Zahlen

praxis